



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit

Wortprotokoll der 31. Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Re- aktorsicherheit

Berlin, den 17. Dezember 2014, 12:15 Uhr

Paul-Löbe-Haus

PLH E.700

Vorsitz: Bärbel Höhn, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 3

**Öffentliches Fachgespräch
zum Thema Atommülllager Asse**

dazu:

**Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Na-
turschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)**

**Vertreter des Bundesamtes für Strahlenschutz
(BfS)**

Selbstbefassung 18(16)SB-55



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Dött, Marie-Luise Gebhart, Dr. Thomas Göppel, Josef Grundmann, Oliver Haase, Christian Jörrißen, Sylvia Kanitz, Steffen Magwas, Yvonne Marschall, Matern von Möring, Karsten Müller (Braunschweig), Carsten Petzold, Ulrich Schulze, Dr. Klaus-Peter Vogel (Kleinsaara), Volkmar Wegner, Kai Weisgerber, Dr. Anja	Bareißen, Thomas Benning, Sybille Gundelach, Dr. Herlind Gutting, Olav Helfrich, Mark Jung, Andreas Kruse, Rüdiger Lagosky, Uwe Lerchenfeld, Graf Philipp Liebing, Ingbert Luczak, Dr. Jan-Marco Nüßlein, Dr. Georg Obner, Florian Pols, Eckhard Wittke, Oliver Woltmann, Barbara Zimmer, Dr. Matthias
SPD	Bülow, Marco Groß, Michael Hampel, Ulrich Lotze, Hiltrud Miersch, Dr. Matthias Mindrup, Klaus Nissen, Ulli Pilger, Detlev Schwabe, Frank Thews, Michael Träger, Carsten	Bartol, Sören Becker, Dirk Burkert, Martin Daldrup, Bernhard Esken, Saskia Held, Marcus Lemme, Steffen-Claudio Röspel, René Scheer, Dr. Nina Tausend, Claudia Vogt, Ute
DIE LINKE.	Bluhm, Heidrun Bulling-Schröter, Eva Lenkert, Ralph Zdebel, Hubertus	Hupach, Sigrid Lay, Caren Tackmann, Dr. Kirsten Zimmermann, Pia
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kotting-Uhl, Sylvia Kühn (Tübingen), Christian Lemke, Steffi Meiwald, Peter	Baerbock, Annalena Höhn, Bärbel Paus, Lisa Verlinden, Dr. Julia



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Fachgespräch zum Thema Atommülllager Asse

dazu:

**Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Vertreter des Bundesamtes für Strahlenschutz
(BfS)**

Selbstbefassung 18(16)SB-55

Ausschussdrucksache 18(16)165 (Anlage)

Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Staatssekretärin Frau Rita Schwarzelühr-Sutter aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie Herrn Wolfram König als Präsident vom Bundesamt für Strahlenschutz.

Wir haben die 31. Sitzung des Ausschusses und befassen uns heute speziell mit der Asse. Wichtig ist zu wissen - da wir heute nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung haben, dass wir eine Fortführung dieser Veranstaltung am 14. Januar 2015 machen und dazu die Asse II Begleitgruppe einladen werden, sodass wir uns zu einem weiteren Termin hier mit der Asse II Begleitgruppe auseinandersetzen werden. Damit werden wir uns einen Gesamtüberblick über die problematischen Punkte, die es momentan in der Asse gibt, aber auch über die Entwicklung dort verschaffen können.

Wir werden das so machen, dass erst das Bundesministerium und das Bundesamt für Strahlenschutz hier vortragen, ungefähr jeweils zehn Minuten. Und dass dann Fragen der Abgeordneten kommen, dass wir das aber nicht in einer Runde machen, sondern alle Fragen von Abgeordneten zusammenstellen und dass dann das Ministerium, wenn die Zeit nicht ausreichend ist - weil wir heute nur eine Dreiviertelstunde haben, die Fragen, die offen geblieben sind, schriftlich beantwortet.

Dies ist eine öffentliche Sitzung. Sie wird auch in der Mediathek des Bundestages zur Verfügung stehen. Gleichzeitig machen wir ein Wortprotokoll, sodass es auch für die Abgeordneten möglich ist,

die einzelnen Punkte dann noch einmal in Ruhe nachlesen zu können. Das soweit zum Prozedere. Wir beginnen direkt, da wir in der Tat nur eine begrenzte Zeit haben, und ich gebe deshalb sofort der Staatssekretärin des BMUB das Wort. Bitte schön, Frau Schwarzelühr-Sutter.

PSSt **Rita Schwarzelühr-Sutter** (BMUB): Danke, Frau Höhn. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, erst einmal vielen Dank, dass dieses Thema heute auf der Tagesordnung steht. Wir haben das am 7. Mai dieses Jahres schon einmal diskutiert, auch über den Stand und auch über die Projektfortschritte. Und in der Zwischenzeit hat sich doch auch einiges getan. Ich werde die zehn Minuten nicht voll ausnutzen, weil ich finde, das ist die Gelegenheit, dass Sie Fragen stellen können und wir darauf antworten und keinen langen Monolog führen. Lassen Sie mich doch einfach auch noch einmal betonen, es ist unser gemeinsamer Wille, die Schachanlage in einen sicheren Zustand zu überführen und die Abfälle auch entsprechend des gesetzlichen Auftrags zurückzuholen. Und die dazu notwendigen Arbeiten und Verfahrensschritte sind nicht einfach, weil es im Prinzip keine Vorbilder gibt. Das hat man in so einer Dimension überhaupt noch nie gemacht und das ist sowohl technisch, als auch mit diesem Beteiligungsprozess neu. Und das ist auch für Betreiber und Behörden eine neue Sache. Es ist eigentlich ein Pilotprojekt, wenn man das so sagen kann. Für uns ist auch wichtig, und darauf kommt es auch an, die einzelnen notwendigen Schritte zu identifizieren und dabei auch die Konzepte und Techniken zu entwickeln, wobei jeder der Beteiligten auch dabei seine Rolle verantwortungsvoll und der jeweiligen Herausforderung entsprechend angepasst wahrnehmen muss. Also wir nehmen unsere Rolle sehr ernst und das ist ganz wichtig in diesem Prozess.

Lassen Sie mich aber auch noch einmal etwas Erfreuliches sagen, nämlich dass wir - wie versprochen - die erste Million an den Landkreis Wolfenbüttel in die neu gegründete Stiftung „Zukunftsfonds Asse gGmbH“ ausgezahlt haben, und das war der erste Schritt. Ab dem Jahr 2015 sind es dann jährlich 3 Mio. Euro. D. h. wir haben unser Versprechen eingehalten und haben das auch fristgerecht umgesetzt. Von 2015 an wird das Geld



dann zukünftig in eine Landesstiftung öffentlichen Rechts eingezahlt, die dann die vom Bund gezahlten Mittel verwaltet und verteilt. Für diese Stiftung muss das Land Niedersachsen noch ein entsprechendes Gesetz erlassen, aber wir sehen da auch kein Problem darin.

Wir sind uns der gesetzlichen Verantwortung bewusst und wir nehmen diese auch ernst. Wir setzen auf die Rückholung der Abfälle und auch die sichere Schließung der Asse II. Der Betreiber, das Bundesamt für Strahlenschutz, hat die Rolle, die komplexen Sachverhalte dann auch für die Öffentlichkeit und die Akteure so aufzubereiten, dass sie nachvollziehbar sind. Dies ist ganz wichtig für die Transparenz aller. Gleichwohl ist natürlich auch der Betreiber, das BfS, dazu angehalten, die rechtlichen Verpflichtungen für den Betrieb der Schachanlage durchzuführen bzw. dem nachzukommen. Solche rechtlichen Verpflichtungen, die sind ganz genau im Atom- und Bergrecht geregelt und erlauben es auch nicht in jedem Fall, dass wir bei manchen Punkten diskutieren und Dissenspunkte über unbegrenzte Zeit hinweg weiter erörtern. Weil, wir sind einfach auch gezwungen, diese gesetzliche Grundlage oder dieses Recht - dem auch nachzukommen. Und ich sage „auch wir“, auch wenn wir jetzt nicht der Betreiber sind, weil wir natürlich auch in Verantwortung stehen als Ministerium, dass das dann auch gemacht wird.

Die Akteure vor Ort hingegen haben die Rolle, die Planung des Betreibers sowie Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse aller beteiligten Behörden kritisch zu hinterfragen und auch diesen Prozess mit den jeweiligen Herausforderungen entsprechend zu begleiten. Das ist wichtig und wir unterstützen das auch, und natürlich wird es, je weiter dieser Prozess vorangeht, nicht einfacher, sondern schwieriger und es stehen konkrete Entscheidungen an. Es ist anders als im Vorfeld, wenn man über Verfahren spricht, wie so ein Beteiligungsprozess aussieht und wie er nachher abläuft, wenn man im Beteiligungsprozess ist.

Das ist ein atmender, ein lebender Prozess. Und da stellt man dann doch bei dem einen oder anderen Mal fest, da muss man vielleicht auch darüber nachdenken. Und wir haben uns auch deshalb da-

rauf geeinigt, dass wir eine Evaluierung des Begleitprozesses wollen. Wir sind da alle mit im Boot, weil wir überzeugt sind, das ist jetzt wichtig, damit wir im weiteren Prozess auch konstruktiv miteinander umgehen können. Und zu dem einzelnen bzw. zu dem technischen und gesetzlichen Vorgehen bzw. Erfüllung und Verantwortungsübernahme der gesetzlichen Vorgabe gebe ich jetzt einmal gerne an den Präsidenten des BfS weiter.

Vorsitzende: Das ist eigentlich meine Aufgabe, Frau Staatssekretärin. Aber das mache ich natürlich auch gerne. Also das Wort jetzt an den Präsidenten Herrn König.

PSSt Rita Schwarzelühr-Sutter (BMUB): Das war jetzt pragmatisch. Der Zeit geschuldet.

Wolfram König (Präsident des BfS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, Frau Staatssekretärin, sehr geehrte Abgeordnete. Das BfS hat im Jahr 2009 - mit Jahreswechsel - die Probleme, die andere verursacht haben, übertragen bekommen und zwar mit dem klaren Ziel, dass wir gemeinschaftlich mit allen Akteuren, das ist natürlich das Ministerium, sowohl das Umweltministerium wie aber auch das früher zuständige Wissenschaftsministerium, und insbesondere auch die Landesbehörden, dass wir gemeinsam gefordert sind, unter den ausgesprochen schwierigen Bedingungen, die wir vorgefunden haben, das Bestmögliche noch zu ermöglichen und herauszuholen. Und zwar dieses nicht in einem sozusagen „Inner Circle“, sondern mit Beteiligung von möglichst vielen Akteuren, damit das, was wir dort tun, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, und insbesondere aber auch das, was wir nicht machen können, auch wenn es wünschenswert wäre, erläutern.

Hierfür ist für uns natürlich von Bedeutung, wie wir diese Herausforderung begreifen? Sehen wir diese Herausforderung als ein Dauerproblem an, das scheinbar unlösbar ist? Oder ist es eine Chance letztendlich in der Perspektive, die wir nutzen müssen und nutzen sollten? Das, was uns begleitet und was Sie alle auch immer wieder in der Presse erfahren, und was Sie vielleicht auch als eigenes Bild haben, ist dieses Bild, was für die



Asse steht. Es ist das verantwortungslose - jedenfalls aus unserer heutigen Sicht - Abkippen von Atommüll in ein nicht geeignetes Bergwerk. Und dieses hat sich in unser Bewusstsein eingebrannt und bestimmt noch immer auch die Wahrnehmungsebene, auf der wir die verschiedenen Diskussionen zu führen haben. Dieses Bild ist aber 40 Jahre alt und es ist eben nicht mehr das, was wir heute haben. Sondern wir haben nicht nur in der Assoziation mit der Asse, sondern auch mit dem gesamten Prozess ein enormes Auseinanderfallen zwischen der Problemwahrnehmung in der Bevölkerung, der Gesellschaft und der Wirklichkeit, mit der wir wirklich konfrontiert sind. Und diese stellt - neben den technischen Herausforderungen - eine zusätzliche enorme Herausforderung dar, weil wir natürlich mit diesen Bildern auch immer gemessen werden. Und hier sind nur ein paar Formulierungen, wie in der Frankfurter Rundschau noch im letzten Jahr: „Der Asse droht der Einsturz“, jüngst „Die Ausbreitung der radioaktiven Suppe im verstrahlten Verlies“. Das sind die Bilder, die jedes Mal wieder bedient werden, die aber mit unserer Realität nur sehr, sehr wenig oder manchmal gar nichts zu tun haben. Das, was in der Wahrnehmung aber bleibt, ist, dass der Betreiber, sprich das BfS, sich sehr schnell den Dingen annimmt, die die Stabilisierung beinhalten - also das Verfüllen, aber langsam bei der Rückholung ist. Das ist das, mit dem wir zu tun haben. Wo es ausgesprochen schwierig ist, zu erklären, warum die Schrittabfolge, die wir gewählt haben, die wir wählen müssen, so ist, wie sie ist, und natürlich ständig dem Verdacht ausgesetzt sind, dass wir Dinge machen, die eigentlich nicht der Rückholung dienen, sondern das alte Konzept des früheren Betreibers bedienen, die Abfälle in der Asse zu lassen und dort durch Verfüllmaßnahmen einzuschließen.

Die Wirklichkeit, mit der wir es zu tun haben, möchte ich an drei Punkten kurz darstellen: Die Wirklichkeit ist, den Betrieb und die Rückholung nach Atomrecht zu organisieren. Sie alle haben beschlossen, dass das Atomrecht ab 2009 die Grundlage bildet und nicht mehr das Bergrecht. Und damit ist eine einmalige Situation entstanden: Eine Anlage, die nie nach Atomrecht genehmigt oder gar gebaut worden ist, soll plötzlich nach den höchsten Maßstäben des Atomrechtes

betrieben und geschlossen werden. Das ist bewusst passiert, um deutlich zu machen, dass es keine Abstriche an den Sicherheitszielen gibt, die wir verfolgen. Aber wir müssen uns auch darüber klar sein, dass damit Anforderungen gestellt worden sind, die uns im Alltag nicht gerade sozusagen eine Möglichkeit geben, Dinge schneller zu machen, als es jedenfalls vielleicht sonst unter Bergrechtsgesichtspunkten möglich gewesen wäre. Das Atomrecht erwartet den Ausschluss von Risiken. Diesen Nachweis müssen wir erbringen und entsprechend sind auch die Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren gestaltet. Wir haben es mit einer verunsicherten Genehmigungsbehörde, aber auch betreiberseitig zu tun, die schon einmal erlebt haben, dass in ihren Ermessensspielräumen, die sie ausgeübt haben, im Nachgang Fehler gesehen worden sind. Und von daher ist natürlich dem System immanent, dass wir uns mit Menschen zu beschäftigen haben und deren Sichtweisen, die sich nach allen Seiten hin absichern, dass dieses nicht wieder passiert, dass man ihnen einen Vorwurf machen kann, man habe irgendwelche Risiken nicht ausreichend betrachtet.

Und wir haben es mit einer Anlage zu tun, die praktisch aufgegeben war, die spätestens 2016 geschlossen werden sollte. D. h. über Jahre, Jahrzehnte ist nicht mehr in die normale Sicherheitskultur investiert worden. Und das sind die Randbedingungen, die uns natürlich maßgeblich beschäftigen müssen und weiter beschäftigen. Aber wir haben es auch mit einer anderen Wirklichkeit zu tun, nämlich der Frage, wie groß sind eigentlich die Risiken? Die Risiken, die mit der Asse verbunden sind, fallen immanent auseinander zwischen der Risikowahrnehmung und dem, was wir eigentlich sozusagen an Risiken aus radiologischer Sicht haben. In der gesamten Asse lagert die Aktivität von einem Zweihundertstel eines Kastorbehälters, aber in der Öffentlichkeit wird das Problem wahrgenommen, als wenn es gar größer ist als die Herausforderung, vor der wir bei der Entsorgung von hochradioaktiven Abfällen stehen. Und das zusammen macht vielleicht deutlich, dass wir uns in einem Spannungsfeld bewegen - wo es ständig Bilder gibt, die die Katastrophe beinhalten, noch gepaart mit einer Überschätzung der atomaren, radiologischen Risiken - Wege finden müssen, die auch in der Kommunikation besondere Herausforderungen darstellen, und das Ganze gepaart unter atomrechtlichen Ansprüchen



in einem Bergwerk, das nie nach diesen Maßstäben geplant und betrieben worden ist.

Eine große Kommunikationsproblematik bringt Ihnen dieses Bild vielleicht noch einmal nahe, nämlich die Frage, wie kann diese Stabilisierung, die wir für das Bergwerk brauchen, assoziiert werden mit der Vorbereitung einer Rückholung. Ich hatte schon gesagt, die Stabilisierungsmaßnahmen werden sehr schnell hinterfragt und auch diskreditiert, dass sie doch eigentlich nur dazu dienen, das alte Konzept ohne Genehmigung zu vollziehen. Nein! Die Stabilisierungsmaßnahmen, die wir im großen Maßstab in dem Bergwerk durchführen - d. h. alle Hohlräume, die nicht benötigt werden, müssen verschlossen werden, um Bewegung zu reduzieren oder gar auszuschließen, um ein berechenbares System für unsere Antragsunterlagen nach atomrechtlichem Maßstab zu bekommen. Das setzt voraus, dass wir im großen Stil auch Hohlräume verfüllen, nachverfüllen und damit insgesamt das Grubengebäude in einen stabileren Zustand bringen. Dieses ist die zwingende Voraussetzung, um wirklich die Rückholung realisieren zu können. Und es ist eben eine große Herausforderung in der Kommunikation, dieses nicht sozusagen dann als einen Teil eines schleichenen Verfüllens der Abfälle nach dem alten Konzept zu interpretieren. Was ist bisher erreicht worden? Wir haben in den beinahe sechs Jahren einen umfangreichen Sicherheits- und Erkenntnisgewinn. Der Sicherheitsgewinn ist wirklich umfassend gemeint. Das bezieht sich nicht nur auf das Grubengebäude, wo wir Fortschritte machen, wo aber immer noch die Frage der Grubentauglichkeit ein wesentliches Problem darstellt: Aber wir haben, beginnend von den Beschäftigten mit ihrem Know-how durch Dauerarbeitsplätze, die geschaffen worden sind, der Sicherheitskultur im Betrieb selber, aber eben auch in dem gesamten System umfangreiche Erkenntnisse hinzugewinnen können. Und diese Erkenntnisse sind für uns absolut notwendig, um überhaupt belastbare Anträge bei der zuständigen Strahlenschutzbehörde stellen zu können. Die Genehmigungen dieser Strahlenschutzbehörde sind natürlich dergestalt und für uns auch handhabbarer in dem Moment, wo wir konkreter sagen können, mit welchen Risiken wir es zu tun haben. Und wir können über diesen Erkenntnisgewinn auch eine zusätzliche Marge an Sicherheiten, die wir vorplanen müssen, abbauen

und damit auch am Ende Zeit einsparen. Und wir haben es mit Rückholungsvorbereitungen zu tun, insbesondere in Form der Faktenerhebung, die einen Teil davon darstellt, aber auch der notwendige Bau, der Vorbereitung für einen weiteren Schacht, um die Abfälle überhaupt rückholen zu können.

Das sind die konkreten Planungen, die derzeit laufen. Das Ganze ist eingebunden, und ich habe es gesagt, in einen Begleitprozess. Hier spielt die Begleitgruppe eine zentrale Rolle. Sie ist angesiedelt beim Landkreis, die Landrätin hat den Vorsitz. Es sind verschiedenste gesellschaftliche Gruppen, aber auch Mandatsträger aus dem Landkreis und dem Landtag in dieser Begleitgruppe vertreten. Das Problem ist, dass diese Begleitgruppe zu einem Zeitpunkt eingesetzt worden ist, wo noch keiner absehen konnte, wie lange wir es eigentlich mit der Sanierung dieser Anlage zu tun haben. Sie wird sich über Jahrzehnte hinziehen und wir brauchen einen stabilen Partner als Partei. Wir sind als Betreiber Partei, wir können nicht beteiligen, wir können nur versuchen, möglichst offen und transparent Dinge darzustellen, hochkomplexe Dinge, damit andere sie nachvollziehen können, die sich beteiligen wollen. Aber wir brauchen einen Partner als sozusagen Begleitgruppe, der klar hinsichtlich seiner Rolle ist, klar hinsichtlich seines Mandats. Und auch in Konfliktfällen in der Lage ist, gewisse unterschiedliche Auffassungen zur Lösung eines Problems auch mitzutragen oder zumindest so zu akzeptieren, dass wir nicht in eine Handlungsunfähigkeit hineinkommen. Und dieses Problem ist immanent und wird derzeit gemeinschaftlich angegangen. Es ist angesprochen worden, wir sind dabei, durch eine entsprechende Evaluierung einer Mediation zu gucken, wie können wir das Rollenverständnis schärfen? Aber wir alle sind gefordert, natürlich zu gucken, wie kann eigentlich eine einmalige Situation, die bundesweit - glaube ich - keinen zweiten Fall in dieser Weise als Rollenspiel hat, wie können wir sozusagen begleitend unter Zeitdruck, eine Bürgerbeteiligung organisieren, die auch über Jahrzehnte trägt, und die nicht persönlichen Einzelinteressen anheimfallen kann, sondern sich in einer stabilen Form auch über die Zeit darstellen muss. Das ist etwas, was vor uns ist. Wir brauchen eine Weiterentwicklung des Begleitprozesses und dieses ist ja derzeit auch durchaus, wie



Sie wissen, nicht ganz unstreitig. Aber ich bin frohen Mutes, dass wir am Ende des Tages eine gute Lösung finden werden.

Abschließend: Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir von der verbalen Katastrophensituation wegkommen müssen. Wir müssen es als Chance begreifen, dass diese Asse II ein Modellprojekt ist, das international Beachtung hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir über Jahre, Jahrzehnte dreistellige Millionenbeträge aus Steuermitteln in ein Projekt hineinbringen wollen, was immer nur sozusagen unter dem Geruch leidet, dass es eigentlich nicht lösbar ist. Sondern wir brauchen einen Blick nach vorne, wie wir dieses als Modellprojekt auch entsprechend aufsetzen können. Das ist ein langer Weg, das weiß ich. Das ist nicht zu verordnen. Aber ich glaube, das muss ein Anspruch sein, dass wir die Chance auch für die Region begreifen, dass dieses nicht nur als Last, sondern als Chance gesehen wird, eine beispielgebende Sanierung für eine derartige Herausforderung darstellen zu können.
Vielen Dank!

Vorsitzende: Herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin und Herr Präsident König!
Wir kommen jetzt direkt in die Fragerunde, da wir gesagt haben, dass das, was hier nicht beantwortet werden kann, schriftlich beantwortet wird. Wir wollen natürlich möglichst viel beantwortet haben. Wir haben gesagt, dass auch alle ihre Fragen stellen können. Ich gebe zunächst einmal Frau Dött das Wort.

Abg. **Marie-Luise Dött** (CDU/CSU): Vielen Dank! Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, Herr Präsident. Ich habe eine Frage an Sie, Herr König. Gemäß den Pressemitteilungen aus der vergangenen Woche wurde seitens des Bundesamtes für Strahlenschutz angekündigt, dass die Suche nach einem standortnahen Zwischenlager für die rückzuholenden, radioaktiven Abfälle vorerst eingestellt bzw. ausgesetzt werden soll. Da hätte ich gerne von Ihnen dargelegt, Herr König, worauf diese Pressemeldungen beruhen und welche Bedeutung das geplante Zwischenlager für die Rückholung der Asseabfälle hat.

Und dann: so ein Zwischenlager hat ja verschiedene Komponenten. Diese Einrichtung quasi, was muss diese beinhalten, welchen Flächenbedarf

hätte das, weil das natürlich vor Ort auch diskutiert wird. Gibt es hier Schätzungen, wie viel dieses Ganze dann kosten wird?

Vorsitzende: Ich habe jetzt schon ungefähr zehn oder zwölf Wortmeldungen. Darauf müssen Sie sich einstellen, dass jetzt erst einmal die Wortmeldungen abgearbeitet werden. D. h. als nächstes käme Frau Lotze. Bitte!

Abg. **Hiltrud Lotze** (SPD): Vielen Dank! Herr König, Sie haben ja zurecht auf die schwierige Situation hingewiesen und auf das aufgrund der ganzen Geschichte vorhandene Misstrauen in dieser Region. Ich möchte auf zwei Punkte zu sprechen kommen, die jetzt im Moment wohl dafür verantwortlich sind, dass wie man in den Protokollen liest oder auch hört, dort Konflikte drohen und sich die Fronten verhärten. Ich mache das einmal fest an dem Thema „Kriterienkatalog, Standortsuche Zwischenlager“. Der ist einvernehmlich einmal beschlossen worden. Begleitgruppe BfS: Und jetzt, so meine Kenntnis, wendet das BfS diesen Kriterienkatalog aber nicht mehr beim Standortvergleich zwischen nahen und fernen Standorten an. Und es ist eine sogenannte Parameterstudie in Auftrag gegeben worden, die aber jetzt nur in Teilergebnissen bekannt ist. Und für mich ist die Frage: Warum wird das Ergebnis nicht gänzlich vorgelegt und welche fachlichen oder sachlichen Gründe sprechen denn aus Ihrer Sicht dafür zu sagen, wir stoppen jetzt erst einmal diesen Prozess, bis der eben schon angesprochene Mediations- oder Moderationsprozess zum Ende gekommen ist? Ich habe daran meine Zweifel, dass es sinnvoll ist, erst dieses Beziehungsgeflecht zu lösen und dann an die fachliche Arbeit zurückzukehren.

Und einen zweiten Punkt will ich nur stichwortartig nennen: die Drainage des Atommülls. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass der Prozess weitergeht und dass parallel in diesem lernenden Prozess, wie es ja auch zurecht beschrieben worden ist, diese Konflikte aufgelöst werden. Ich glaube, jeder hier ist sich seiner Rolle bewusst, aber der Prozess darf jetzt nicht stocken. Wenn Sie darauf bitte nochmal Bezug nehmen.

Vorsitzende: Herr Zdebel!

Abg. **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.): Danke



schön, Frau Vorsitzende! Ich will zumindest am Anfang nochmal deutlich machen, dass ich den Verlauf des heutigen Fachgesprächs ein bisschen suboptimal finde, weil Vertreter der Begleitgruppe oben auf der Tribüne sitzen. Und es natürlich unter zeitlichen Gesichtspunkten schwer war, alles in einer dreiviertel Stunde zusammenzufassen. Aber ich hätte mir gewünscht und das ist, glaube ich, auch eine der Konsequenzen aus der Endlagersuche bisher, dass man dann tatsächlich auch bei so einem Fachgespräch auf Augenhöhe zusammensitzt. Ich glaube, da müssen wir insgesamt hier im Umweltausschuss auch zukünftig besser werden, um diesem Anspruch auch gerecht werden zu können.

Jetzt zu meinen Fragen: Die Rückholung aus der Asse ist natürlich unter dem ganzen Mist, der in der Asse in der Vergangenheit gemacht wurde, in der Tat nur unter denkbar schwierigsten Voraussetzungen und Bedingungen zu bewerkstelligen. Das ist klar. Aber es ist auch klar, dass in der Region selber - Herr König, Sie haben das auch angesprochen - quasi so eine Art Misstrauen entsteht oder entstanden ist, und auch in der Endlagerungskommission in der AG 1 der anwesende Vertreter der Asse davon sprach, dass das Verhältnis zum BfS in den vergangenen Monaten immer schlechter geworden sei. Und ich glaube, das hat auch etwas damit zu tun mit den Sachen, die Frau Lotze gerade angesprochen hat, nämlich die Frage, wie sieht es überhaupt aus mit der Zwischenlagerung. Weil man nämlich auch in der Region den Eindruck hat, dass die Zwischenlagerung nicht in dem Tempo bzw. die Rückholung in dem Tempo gemacht wird, wie es eigentlich wünschenswert wäre. Und dass sogar der Verdacht im Raum steht, dass die Rückholung hintertrieben und nicht wirklich erreicht werden soll. Das gibt mir zumindest zu denken und es gibt ja auch Hinweise darauf, was die Studien angeht, insbesondere die vorliegende Parameterstudie, warum die noch nicht veröffentlicht worden ist.

Darüber hinaus geht es auch darum, und das möchte ich Sie dann auch nochmal fragen: Ist es zutreffend, dass die Planungen für die Suche nach einem Zwischenlager laut Aussage des BfS solange ausgesetzt sind, bis die Bundesregierung im Rahmen des nationalen Entsorgungsplanes bis August 2015 entschieden hat, ob eine Einlagerung

der Asseabfälle direkt im Schacht Konrad erfolgen soll und daher ein Zwischenlager nicht mehr erforderlich ist?

Dann haben Sie aus Ihrer Sicht, Herr König, Probleme leicht angedeutet und Sie haben ein bisschen Kritik an der Arbeit der Begleitgruppe geübt. Ich würde Sie bitten, das vielleicht nochmal genauer auszuführen, wo aus Ihrer Sicht die Probleme mit der Begleitgruppe tatsächlich liegen oder was dort tatsächlich verbessert werden könnte.

Abg. **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke Frau Vorsitzende! Ich will zuerst auch ähnlich wie mein Kollege Zdebel sagen, dass ich diese getrennte Aussprache mit BMUB und BfS und dann im Januar 2015 mit der Begleitgruppe nicht optimal finde. Wir sind ja beide Mitglieder in der Endlagerkommission, der Kollege Zdebel und ich, und haben von daher wahrscheinlich den gleichen Beweggrund. Wir müssen in der Kommission Beteiligungsverfahren entwickeln, die in der Lage sind, einen über Jahrzehnte währenden Prozess durchzuhalten. Und diese Begleitgruppe der Asse ist eigentlich die erste, leichte Blaupause dafür und deswegen ist es so wichtig, dass das auch funktioniert und klappt. Und dass man die Hürden, die da selbstverständlich auch kommen, dann auch gut überwindet.

Ich will mal aufgreifen, Herr König, was Sie in Ihrer Präsentation dargestellt haben, diese unterschiedliche Risikopotentialwahrnehmung oder wie wir auch die Arbeit des BfS wahrgenommen haben. Da ist tatsächlich die Verfüllung irgendwie im Vordergrund, wobei ich das auch so sehe, die notwendig ist, um die Rückholung überhaupt vornehmen zu können. Aber dass diese Wahrnehmung unterschiedlich ist, das liegt in der Natur der Sache und das wird man auch gar nicht vermeiden können. Das werden wir auch später bei dem großen Prozess nicht vermeiden können. Und deswegen genau ist ja dieser Begleitprozess so essenziell und deswegen ist auch diese Gruppe eingerichtet worden, um genau da im Sinne eines lernenden Systems eben ständig im Austausch sein zu können und wie mein Kollege eben auch schon sagte, auf Augenhöhe miteinander arbeiten zu können.

Ich will mich aber auch beim Bundesamt für



Strahlenschutz für die Umsetzung der Lex-Asse bedanken, die alles andere als einfach ist. Es ist ein Gesetz, das alles was wir bisher im Bundestag gemacht haben, eigentlich sprengt, völliges Neuland in der Umsetzung betritt und ununterbrochen mit Schwierigkeiten konfrontiert ist. Dafür gibt es selten einen Dank in der Öffentlichkeit. Deswegen möchte ich das jetzt an der Stelle doch ganz gern mal machen.

So, jetzt noch ein paar Fragen. Also die Konfliktpunkte, die es da gibt, halte ich auch für ganz natürlich, dass es die gibt, hat Frau Lotze ja schon benannt. Meine Frage wäre: Welche Rolle spielt der Lenkungsreis? Da ist ein Wechsel von Personen bereits im Gange gewesen. Das ist eben dieses Problem, das wir haben werden. Sie haben es auch angesprochen, diese Zeitspanne, die solche Prozesse haben. Und diese Personen werden nicht die gleichen bleiben, sondern natürlich wechseln sie. Wie funktioniert es dann? Wie geht so ein Wechsel vorwärts? Und geht es mit neuen Personen genauso gut wie mit denen, die davor da sind, die davor beteiligt waren?

Dann hätte ich die Frage, was im nächsten halben Jahr konkret an Prozessen, Entscheidungen, Arbeiten ansteht, ob man das benennen kann? Das wird sicher nicht sehr trennscharf möglich sein, aber vielleicht mal so einen groben Überblick, was da ansteht.

Und dann auch nochmal, weil die Lex-Asse ja auch wie gesagt, ein neuer Versuch war, welche beschleunigenden Effekte hatte die denn tatsächlich? Weil ich höre auch oft, naja so arg viel hat es gar nicht gebracht. Und wäre es notwendig nochmal nachzuarbeiten? Also gäbe es weitere Beschleunigungspotentiale, die mit der Lex-Asse nicht gehoben wurden?

Vorsitzende: Bevor wir in die zweite Runde gehen, will ich noch mal ganz kurz noch was zu der Veranstaltung hier sagen. Wir finden, glaube ich alle, dass das nicht ganz optimal ist. Aber Herr Kollege Zdebel, Sie sind auch Obmann und das heißt, wir haben das Ganze in der Obleutebesprechung vorher festgelegt, dass es eine dreiviertel Stunde ist. Das haben wir Wochen vorher festgelegt: Und natürlich wäre es hilfreich gewesen,

wenn diese Bedenken, die zurecht hier aufgetreten sind, rechtzeitig benannt worden wären. Dann hätten wir es vielleicht noch ein bisschen verhindern können. Also von daher, wir haben uns jetzt gemeinsam auf diesen Prozess geeinigt, es so zu machen und dafür zeitnah die Begleitgruppe hier dann einzuladen, um das eben auszugleichen, was wir heute nicht erreichen können. Insofern, dafür sind Obleutegespräche auch da, um solche Bedenken rechtzeitig einzubringen.

Ich gehe jetzt die Gruppe weiter durch. Und der Nächste, der jetzt dran ist, Herr Kanitz.

Abg. **Steffen Kanitz** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Frau Staatssekretärin, Herr König. Herzlichen Dank für Ihre Vorträge. Wir haben eine ganze Menge Fragen. Insofern würden wir gern auf Ihr Angebot zurückgreifen, dass Sie ein paar davon auch schriftlich beantworten und das wenn möglich auch vor der nächsten Sitzung am 14. Januar 2015. Das ist uns einfach wichtig, weil wir die Antworten für das Gespräch mit der Begleitgruppe brauchen, die wir für ganz, ganz wesentlich halten in diesem Prozess.

Frau Staatssekretärin. Mich würde kurz Ihre Einschätzung zum Zeitplan interessieren, Rückholung Start 2033. Spricht im Moment alles dafür, dass wir das halten können? Oder glauben Sie, dass wir das nicht schaffen?

Das Zweite: Der Entwurf des nationalen Entsorgungsprogramms. Als Mitglied der Endlagersuchkommission möchte ich nochmal darauf hinweisen. Wenn wir als eine Variante sehen, dass wir einen Teil der Abfälle oder alle Abfälle in ein Endlager für hochradioaktive Abfallstoffe einbringen, dann wäre eine Abstimmung der Kommission zumindest wünschenswert. Weil natürlich möglicherweise, was das Anforderungsprofil anbelangt, was die Wirtsgesteine anbelangt, das durchaus einen Einfluss haben könnte auf unsere Arbeit. Wir werden nun auch Salzgrus rausholen. Die Frage, wie sich das mit Ton verträgt, müssen wir nicht jetzt diskutieren. Aber das ist durchaus ein Thema, über das wir sprechen müssten. Deswegen meine Frage: Ist dort eine Abstimmung vorgesehen? Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?

Der zweite Komplex an Herrn König: Einmal ganz



kurz, nur das Sie mal schildern, wie ist der Lösungszutritt im Moment. Ich habe auf Ihrer Homepage nur eine letzte Zahl vom Mai gesehen. Ich weiß, dass wir im Sommer Spitzen hatten. Hat sich das alles wieder normalisiert oder nicht? Das wäre der erste Punkt. Der Zweite: Die Sicherheit des Grubengebäudes. Sie haben es angesprochen. Wie weit sind Sie mit den Verfüllmaßnahmen? Kann man da möglicherweise prozentual etwas sagen. Der dritte Punkt wäre der Stand der Notfallplanung. Wenn Sie uns da mal kurz schildern, wie weit Sie da sind. Wir alle hoffen nicht, dass es zum Absaufen kommt. Aber wir haben auch mit dem Lex-Asse gemeinsam gesagt, wir brauchen auch dringend eine Notfallplanung für den Fall der Fälle, von dem wir nicht hoffen, dass er eintritt.

Zwischenstand Faktenerhebung: Den haben Sie auf Ihrer Homepage auch geschildert und gleichzeitig gesagt, wir sind uns einig, dass wir einige Schritte zur Beschleunigung brauchen. Bei der Faktenerhebung, wenn Sie da einmal schildern, was dort vielleicht geplant ist.

Und als letzten Punkt: Wir wissen nun, dass für die Rückholung der Abfälle als wesentliche Voraussetzung geplant ist, einen neuen Schacht abzuteufen, dann auch zu bauen. Es ist ja bekannt, dass Probebohrungen oder Vorbohrungen laufen. Da wäre meine Frage: Wie sind da die Erkenntnisse? Können wir davon ausgehen, dass der Schacht an der vorgesehenen Stelle auch realisiert werden kann? Wenn nein, gibt es möglicherweise alternative Standorte? Also, wann können wir mit festen Erkenntnissen rechnen? Und zuletzt: Wir haben gehört, dass es im Moment Planungen gibt für Horizontalbohrungen von der 574-Meter-Sohle und 700-Meter-Sohle. Was ist der Hintergrund dieser Bohrungen in Richtung des neuen Schachtes? Ist es richtig, dass es geplant ist und durchgeführt wird? Das wäre meine letzte Frage.

Vorsitzende. Gibt es eine Wortmeldung bei der SPD? Frau Lotze!

Abg. **Hiltrud Lotze** (SPD): Ich würde nochmal ergänzen wollen, weil Herr König das Rollenverständnis angesprochen hat, das die einzelnen Partner haben. Und da geht es letztendlich auch immer um Entscheidungen. Ich sehe es doch richtig nach dem gesetzlichen Auftrag, dass wenn fachlich, sachlich Ergebnisse feststehen, dass das

BfS entscheidet und nicht sozusagen Verantwortung in die Begleitgruppe gegeben wird. Natürlich haben die ihre Verantwortung, den Prozess kritisch zu begleiten, Fragen zu stellen, aber nicht in einem Endlos-Frage-Antwort-Spiel. Wenn das noch geklärt werden muss, ob man das noch etwas eingrenzt - diesen Prozess des gegenseitigen Aufklärens und der Transparenz. Würde das auch nicht zur Verbesserung beitragen? Denn meiner Meinung nach sind die Rollen eindeutig geklärt. Das BfS hat die Verantwortung und entscheidet.

Vorsitzende: Noch mal die Fraktion DIE LINKE. Wer möchte nochmal eine Frage stellen oder?

Abg. **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.): Wie ist das überhaupt mit der Drainage bzw. den Trockenlegungsmaßnahmen, was den Atommüll angeht, also die 750-Meter-Linie, wo es auch durchaus Befürchtungen gibt, dass es eventuell nicht der richtige Weg ist - da es auch dazu führen kann, dass da Wasser von oben eindringt und dass der Atommüll dann dem ausgesetzt wird. Vielleicht könnten Sie dazu noch ein paar Ausführungen machen, Herr König. Es wird auch teilweise sehr kritisch gesehen und auch teilweise als Maßnahme verstanden, die dann letztendlich wieder eine Rückholung des Atommülls auf Dauer erschweren könnte.

Abg. **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einer dieser Zwistpunkte, der uns aus der Asse-Region übermittelt wird, ist diese Parameterstudie, die erstellt wurde und nach der es einen großen Begehr gibt, die doch vorgelegt zu bekommen. Was gibt es da für einen nachvollziehbaren Grund, es nicht zu tun.

Und das Zweite: Dieser Evaluierungsprozess, der jetzt angegangen werden soll, also den Begleitprozess noch mal zu evaluieren und zu klären. Wie soll der angegangen werden?

Vorsitzende: So, dann habe ich als nächsten Herrn Lagosky. Wir begrüßen Sie erstmals herzlich, weil Sie sonst ja nicht hier in unserer Runde sind, aber bitte, Sie haben jetzt das Wort.

Abg. **Uwe Lagosky** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Ich möchte zunächst einmal darauf zurückkommen, dass wir alle hier im Raum sicherlich das auch gleich einschätzen, dass der



Begleitprozess durchaus ein Erfolg in den letzten Jahren gewesen ist. Und ich mache das mal fest an der gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen Ministerien, Behörden, der A2B, der AGO und eben auch dem Deutschen Bundestag. Und wenn wir uns mal anschauen, was in den letzten fünf Jahren - fünf Jahre läuft dieser Prozess ja schon und vieles hat sich ja auch eingeschliffen in den letzten Jahren in der Frage des Zusammenspiels - dabei herausgekommen ist. Zu einem ein vernünftiger Optionsvergleich, den wir seinerzeit gemacht haben, die Frage der Umgehungsüberwachung, des Rahmenterminplans, die Entwicklung der politischen Durchsetzung der Lex-Asse gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Bundestages, mit der Begleitung auch der A2B, gemeinsam am Ende des Tages die Änderung des Atomgesetzes in § 57 b. Die Grubenstabilisierung war Diskussion, die Anpassung des Notfallkonzeptes, der Schacht 5, Kriterienkatalog zur Zwischenlagersuche und die aktuelle Stellungnahme zur Drainage der AGO liegt auch vor, insofern wird da auch noch entsprechend darauf zu reagieren sein. Ich will damit ausdrücken, dass in den fünf Jahren eine Menge im gemeinsamen Zusammenspiel passiert ist und dass ich schon sehe, dass die Asse-II-Begleitgruppe genau die Aufgabe hat, die hier auch angemerkt wurde, nämlich den Finger in die Wunde zu legen, wenn es denn zu kritischen Situationen kommt oder kritische Fragen anstehen, und zu sagen, Leute da sind wir nicht ganz einverstanden damit, da gibt es möglicherweise andere Alternativen und eben durch diese kritische Art und Weise eben auch die Prozesse durchaus befördert.

Meine Einschätzung der Dinge ist, dass durch die kritischen Anmerkungen der A2B in der Vergangenheit durchaus Prozesse eher beschleunigt wurden, als dass sie verlangsamt wurden. So wird der Eindruck zurzeit im Moment jedenfalls erweckt. Ich habe zu den Spannungen zwischen der A2B und BfS und BMUB drei Fragen, die ich gern sowohl von BMUB als auch vom BfS gerne beantwortet haben möchte. Welchen Grund hat der aktuelle Konflikt zwischen BMUB und BfS auf der einen Seite und der A2B auf der anderen Seite aus Ihrer Sicht? Wie bewerten Sie den derzeitigen Zustand der Zusammenarbeit zwischen BMUB, BfS und der A2B/AGO? Welche Bedeutung hat der Asse-II Begleitprozess aus Ihrer Sicht regional, bundesweit und international?

Vorsitzende: Dann sind wir nun einmal durch. Ich sage mal, wir haben jetzt fünf Minuten. Das ist so gut wie nichts. Ich würde jetzt erstmal Herrn König nochmal das Wort für eine ganz kurze, allgemeine Einschätzung geben. Und dann müssen wir kurz mit den Obleuten überlegen, wie wir mit der Sitzung im Januar weiterverfahren. Wie weit wir da vielleicht auch nochmal neben der Begleitgruppe das BfS und das Ministerium dazu holen, weil sonst kommen wir nicht weiter. Aber das machen wir nach der Sitzung. Und jetzt gebe ich Herrn König für die letzten Minuten das Wort.

Wolfram König (Präsident des BfS): Jetzt kann ich nur schlecht aussehen und das ist genau das Problem, in dem wir uns auch in der Asse befinden, weil wir nicht erklären können, warum wir das machen. Also ich bitte da um Verständnis. Unter dem Zeitdruck kann ich nur sagen. Erstens: Es stimmt, wir haben die letztendliche Verantwortung. Gar keine Frage. Wir haben aber selber den Anspruch, möglichst viel gemeinsam zu entscheiden. Nur müssen wir feststellen, dass wir bislang keinen Mechanismus haben, wie wir bei unterschiedlichen Auffassungen zu einem Ergebnis kommen, das noch vom Zeitablauf vertretbar ist. Die Drainage ist beispielsweise mehrfach angesprochen worden. Wir haben dort zwei Jahre lang Diskussionen geführt. Es hat 40 Sitzungen dazu gegeben und Schriftwechsel mit der Facharbeitsgruppe, mit der Begleitgruppe selber, mit den Expertinnen und Experten. Das Ganze steht vor dem Hintergrund, dass wir die Auflage haben und ich als verantwortlicher Bergunternehmer bin gehalten, es zeitnah umzusetzen, also keine Verzögerung im Prozess zu haben.

Ich habe es gestoppt, diese Verfüllmaßnahmen teilweise auch hingezogen, damit wir die Diskussion führen können. Und das ist der Punkt, in dem wir uns im Spannungsfeld befinden. Er ist nicht übertragbar für irgendwelche Planungsprozesse, wo wir irgendetwas später realisieren wollen, sondern wir müssen parallel umsetzen und gesetzlichen Anforderungen Genüge tun. Das macht es besonders und auch die Herausforderung mit der Begleitgruppe ist dort mitbeschrieben.

Es ist sehr häufig das Zwischenlager angesprochen worden. Warum ist es ausgesetzt worden? Es



ist nicht vorletzte Woche ausgesetzt worden, sondern wir haben es Mitte des Jahres ausgesetzt. Das ist in der Zeitung falsch dargestellt worden. Wir haben Mitte des Jahres ausgesetzt, weil wir einen gemeinsamen Weg haben wollen.

Die mehrfach angesprochene Parameterstudie steht übrigens im Internet. Fachlich ist es so, dass auch die Parameterstudie und alle fachlichen Argumente dafür sprechen, grubennah ein Zwischenlager zu errichten. Aus Strahlenschutzgründen, aus logistischen Gründen, aus der Bewertung der Strahlenexposition, auch unter ganz gewissen Randbedingungen. Es bringt uns nicht weiter, unter diesen Bedingungen einfach in einen Prozess einzusteigen und so weiter zu machen. Weil es keine Akzeptanz vor Ort für ein standortnahes Zwischenlager gibt. Weil hier gesagt wird, wir haben ganz andere Probleme. Wir wollen nicht auch belastet werden durch die Abfälle, die herausgeholt werden. Und das muss geklärt werden. Und ich finde den Anspruch, zu formulieren, wir gehen in eine Region mit so einer Anlage - die ist natürlich mehrere Fußballfelder groß - beinhaltet eine entsprechende Konditionierungsanlage, eine Pufferhalle, dann auch die Zwischenlagerhalle, das der Anspruch da ist. Wir wollen möglichst sagen, wo die Abfälle dann hinkommen und das das nicht zu einer Dauereinrichtung wird, allein schon aus Akzeptanzgründen, aber auch durch die eigenen Ansprüche, die wir haben. Das ist, glaube ich, auch nachvollziehbar. Wir haben es nicht in die Abhängigkeit des nationalen Entsorgungsprogramms gestellt. Das hat damit nichts zu tun. Das ist eine falsche Übermittlung, was wir auch schon Mitte des Jahres in der Begleitgruppe kommuniziert haben. Uns geht es darum, dass wir einen belastbaren Weg haben, der bis zum Ende geschrieben ist und nicht irgendwo anzufangen.

Wir kommen, wenn wir mit den Kriterien, die gemeinsam festgelegt worden sind, schlicht und einfach zu dem Ergebnis, dass es Tausende von Standorten in der Bundesrepublik gibt, die alle möglich sind. Wir müssen eine Antwort finden, dass wir aus den Betriebsabläufen, aus Strahlenschutzgründen, schlicht und einfach feststellen müssen, die eigentlichen Strahlenexpositionen kommen durch den Transport und durch das Handhaben und wir belasten damit Arbeiter, die wir eigentlich nicht belasten müssten. Und das

widerspricht dem Strahlenschutzgesetz. Das ist die Grundlage, auf der wir es ausgesetzt haben und es geht nicht darum, dass wir hier irgendetwas unterbrochen haben. Der Prozess geht weiter. Wir können es aussetzen, weil es nicht zeitführend ist. Die Rückholungsplanung ist nicht davon abhängig, auch nicht die Zeitabläufe. Hier haben wir insbesondere die Abhängigkeit von der Umsetzung des Schachtes 5, der ist angesprochen worden.

Schacht 5, Bohrung von unten: Wir müssen natürlich die Zugänglichkeit auch unter Tage feststellen, ob die geologische Struktur ausreichend Sicherheiten bietet. Wir haben derzeit keinen Kenntnisstand, dass der ausgewählte Standort - der ist nach einem Kriterienkatalog ausgewählt worden - nicht möglich ist. Aber wir haben durchaus neue Erkenntnisse hinsichtlich der geologischen Situation. Vermutlich brauchen wir kein langes, zusätzliches Verfahren des Einfrierens des gesamten Bodenkörpers bis zum Salzspiegel. Aber wir haben eine wesentlich geringere Mächtigkeit der Salzstruktur vor Ort, so dass die Nebengebäude, die wir dort anbringen wollen, einer der zentralen Punkte, nicht unbedingt dort jedenfalls in der Leichtigkeit zu realisieren sind. Deswegen brauchen wir weitere Erkenntnisse. Die Bohrungen sind von der Asse GmbH in der Verantwortung und Anfang des Jahres geplant, so dass wir hoffen, Mitte des Jahres eine Aussage zu haben. Geht der Standort? Geht die Anbindung?

Was die Frage des Wassers angeht: Wir haben keinen erhöhten Wasserzutritt. Diese Schwankungen kamen durch eine undichte Folie. Das ist geklärt. Wir haben einen weiterhin stabilen Zufluss, auch was die chemischen, die anderen Parameter angeht. Sodass wir nicht davon ausgehen müssen, dass irgendwelche Systemveränderungen stattgefunden haben.

Was die Frage angeht, Lex-Asse: Es hat uns sehr in einem Punkt geholfen. Und das ist die Frage der Rechtfertigung. Sie haben in dem Gesetzgebungsprozess die zentrale Frage - ist diese Rückholung gerechtfertigt, ja oder nein - beantwortet mit Ihrem Gesetz. Ich möchte in Erinnerung rufen: das Ziel ist nicht die Rückholung. Das Ziel ist die sichere Schließung nach atomrechtlichen Maßstäben. Und nach dem jetzigen Kenntnisstand haben wir keine



Erkenntnis, dass wir über andere vertretbare Wege dieses Ziel erreichen können, aber immer unter dem Vorbehalt dieser Rückholung. Wir wissen nicht, ob wir es schaffen in dem verbleibenden Zeitraum. Und wir versuchen mit den Maßnahmen, Zeit zu erkaufen und möglichst auch nachvollziehbar zu machen, warum wir manche Dinge tun und warum manche nicht.

Dass wir in einem schwierigen Prozess mit der Begleitgruppe sind: Es ist nicht geklärt – eben die Rollen. Die richtigen Fragen zu stellen ist das eine. Aber wir sind lange über diese Phase hinaus, dass uns die richtigen Antworten schon mit auf dem Weg gegeben werden - aus Sicht von Experten, die als solche angesehen werden, die aber immer nur einen kleinen Teil der Gesamtzusammenhänge überblicken können. Und das ist ein Problem, was auch nach vorne gelöst werden muss. Wer spricht für welche Gruppen? Wir haben verschiedene Akteure. Sprechen einzelne Personen für die Begleitgruppe oder sprechen die für die Gruppen, die sie vertreten in der Begleitgruppe? Sprechen sie für eine Partei, sprechen sie für einen Umweltverband, sprechen sie für eine Bürgerinitiative? All dieses ist völlig im Fluss und miteinander nicht mehr ganz klar auszubalancieren. Und wir brauchen eine klare Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner und wir brauchen am Ende auch die Unterstützung, wenn es darum geht, Dinge zu machen, die aus fachlicher Sicht unabweisbar sind, aber vielleicht nicht gemeinsam getragen werden. Auch das kann passieren. Und wir müssen zeitnäher Entscheidungen bekommen. Und darum dreht sich derzeit die Auseinandersetzung.

Ich sage ganz offen, es ist völlig erwartungsgemäß. Wir kommen in eine neue Phase. Hier geht es nicht mehr um die Frage, was haben andere falsch gemacht. Sondern wir sind in der Phase, was können wir gemeinsam nach vorne vertreten? Und deswegen hatte ich am Anfang gesagt, wir müssen ein Stück versuchen, auch wenn wir immer die Wirklichkeit unterschiedlich interpretieren. Wir müssen versuchen, eine gemeinsame Wirklichkeit möglichst nah beieinander zu erreichen. Um auf dieser Wirklichkeit, was Zeitabläufe angeht, was Möglichkeiten angeht, was Notwendigkeiten angeht, auch die Planungen gemeinsam nachvollziehbar und möglichst gemeinsam getragen dann auch herausbilden zu können. Das ist das, was ich damit meine.

Vorsitzende: Herzlichen Dank! Durch die zeitliche Teilung dieses Themas jetzt im Dezember und im Januar, glaube ich, ist nicht nur bei Herrn König ein schlechtes Gefühl geblieben, so wenig Zeit zu haben für die Beantwortung dieser vielen Fragen, sondern irgendwie bei uns allen. Und deswegen würde ich gleich nochmal die Obleute bitten, dass wir im Anschluss an die Sitzung überlegen, wie können wir im Januar die zweite Sitzung sinnvoll ansetzen, dass wir am Ende dieses Prozesses alle sagen, es war für uns alle hilfreich.

Ansonsten bedanke ich mich! Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr. In diesem Ausschuss sehen wir uns dieses Jahr nicht wieder, nur noch im Plenum. Kommen Sie wieder gut zurück an Ihren Arbeitsplatz.

Schluss der Sitzung: 13:05 Uhr

Bärbel Höhn, MdB
Vorsitzende

Ausschussdrucksache

18(16)165

zu TOP 1 der TO am 17.12.2014

17.12.2014



Atomare Altlast Asse II

Asse II

**Scheinbar unlösbares
Dauerproblem
oder
Chance?**

Das Problem



Wesentliche Herausforderung: Auseinanderdriften von Problemwahrnehmung und Wirklichkeit

Die Wahrnehmung

„Der Asse droht der Einsturz“
(FR, 23.08.2013)

„...die Ausbreitung der radioaktiven Suppe ...“
(Landkreis Wolfenbüttel, Pressemitteilung v. 12.09.2014)

„Im verstrahlten Verließ“
(Berliner Zeitung, 24.6.2013)

Die Wahrnehmung



Der Betreiber ist schnell bei der Verfüllung, aber langsam bei der Rückholung

Die Wirklichkeit



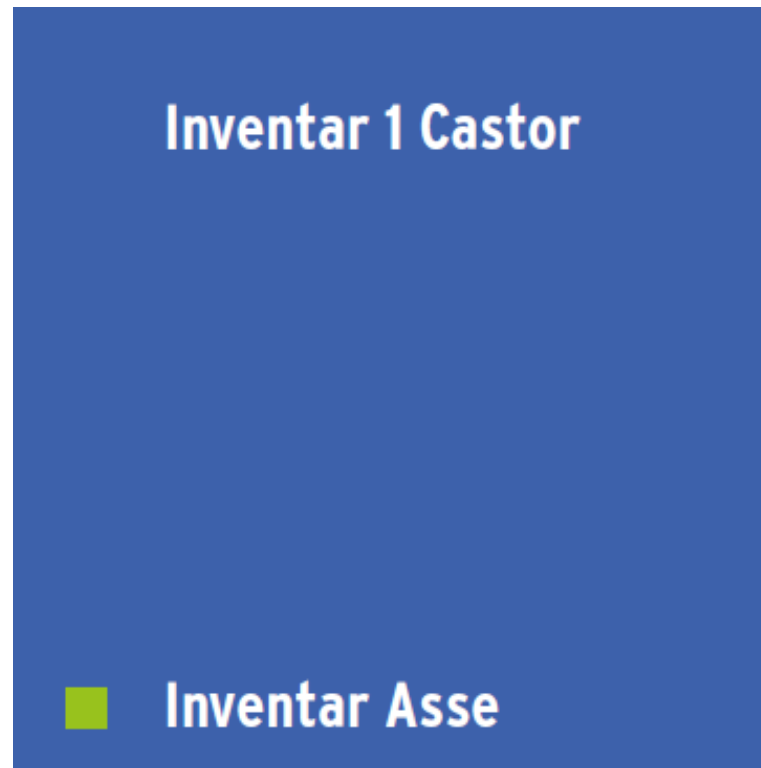
Die Wirklichkeit

Betrieb und Rückholung nach Atomrecht



Die Wirklichkeit

Radioaktives Inventar in der Schachtanlage Asse II



Die Wirklichkeit Rückholung setzt Stabilisierung voraus



Was ist bisher erreicht worden?

**Umfangreicher Sicherheits- bzw.
Erkenntnisgewinn
und
Rückholungsvorbereitung**

Asse 2 Begleitprozess

Ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtprojekts
mit Pilotcharakter

Voraussetzungen für Erfolg
Verbindliche Definition der
Aufgaben und Rollen

➔ **Weiterentwicklung des Begleitprozesses**

Die Chance:

**Die Asse II ein international
beachtetes Modellvorhaben der
Sanierung einer Atomaltlast.**